



Landesnaturschutzverband
Baden-Württemberg e.V.

Dachverband der Natur-
und Umweltschutzverbände
in Baden-Württemberg
nach § 66 Abs. 3 NatSchG

Anerkannter Naturschutz-
verband nach § 67 NatSchG

Pressemitteilung

Stuttgart, den 3. Mai 2013

Fracking bedroht Tiefengrundwasser und sendet falsche wirtschaftliche Signale

Brückentechnologie Erdgas verspielt Zukunftschancen

Radolfzell / Stuttgart 03. Mai 2013: Der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV) und die Bodensee-Stiftung sind in Sachen Fracking einer Ansicht: Erdgasgewinnung durch Fracking sendet mit seiner Versprechung „billige Energie“ falsche wirtschaftliche Signale und verhindert eine nachhaltige Ausrichtung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Und das mit erheblichen möglichen Nebenwirkungen für Mensch und Natur!

An den grundsätzlichen Argumenten für eine Energiewende in Deutschland ändern die mutmaßlich sogenannten unkonventionellen Erdgasreserven nichts: Erdgas ist weiterhin eine endliche Energiequelle, deren Nutzung zum Klimawandel beiträgt. An der Abkehr von fossilen Brennstoffen führt kein Weg vorbei. „Vor diesem Hintergrund ist es unverantwortlich, den Menschen vorzugaukeln, Fracking würde über billige Energiepreise die deutsche Wirtschaft absichern“, meint Jörg Dürr-Pucher, Präsident der Bodensee-Stiftung. Für Dürr-Pucher wird andersrum ein Schuh draus: „Die Zukunft gehört den Erneuerbaren und der Energieeffizienz, und wir haben die Aufgabe, unsere Wirtschaft daran auszurichten. Wenn alle anderen sich fragen, woher sie in Zukunft ihre Energie bekommen, werden wir in Deutschland schon umgestellt haben. Das ist ein Wettbewerbsvorteil. Eine unnötige Verlängerung der *Brückentechnologie Erdgas* ist hierzu nicht nötig und verspielt nur unsere Zukunftschancen.“

LNV und Bodensee-Stiftung sehen aber nicht nur das Heilsversprechen der umstrittenen Fördermethode kritisch. Für beide Organisationen sind die Risiken untragbar: „Wie unkalkulierbar die Risiken durch Fracking sind, belegt ja die umfangreiche Studie des Umweltbundesamtes. Die Studie arbeitet die Risiken heraus und kommt zu dem Schluss, dass diese nicht einschätzbar sind. Das gilt auch für deren technische Beherrschbarkeit“, erklärt Gerhard Bronner für den LNV.

LNV und Bodensee-Stiftung sind sich deshalb einig, dass Fracking keine Option ist: Auch und besonders in der sensiblen Bodenseeregion, die Trinkwasser für über 4 Millionen Menschen bereit stellt. LNV und Bodensee-Stiftung werden in Zukunft gemeinsam ein wachsames Auge auf Entwicklungen in Sachen Fracking haben. Mittlerweile hat sich deutschlandweit eine starke Bewegung gegen das Fracking entwickelt. Nach der SPD und den GRÜNEN aus der Bodenseeregion haben sich

inhaltlich in vielen Punkten nun auch die CDU-Bundestagsabgeordneten der Bodenseeregion angeschlossen. Letzten Freitag veröffentlichten die Abgeordneten Jung, Müller und Riebsamen eine klare Ansage: „Kein Fracking am Bodensee – Unionsabgeordnete vom See fordern Verschärfung“. Die Abgeordneten fordern darin eine Erweiterung der von ihrer eigenen Partei vorgelegten Fracking-Regelung im Wasserhaushaltsgesetz dahingehend, dass Fracking nicht nur in Wasserschutzgebieten, sondern auch in anderen für die Trinkwassergewinnung genutzten Gebieten verboten werden sollte.

Dem schließen sich LNV und Bodensee-Stiftung an. Erdgasgewinnung durch Fracking ist keine Option, gerade nicht in der ökologisch sensiblen Bodenseeregion, die Trinkwasser für über 4 Millionen Menschen bereit stellt. Deshalb müsse das wassergefährdende Fracking zur Gewinnung fossiler Energierohstoffe nicht nur in ausgewiesenen Wasserschutzgebieten sondern im gesamten Wassereinzugsgebiet des Bodensees verhindert und verboten werden. Und auch außerhalb müsse es strengeren Prüfungen und Kontrollen unterworfen werden als nun vorgesehen, denn auch nicht genutztes Grundwasser ist schützenswert. Dafür setzen sich LNV und Bodensee-Stiftung konsequent ein und werden in Zukunft gemeinsam dieses Ziel mit vollem Nachdruck verfolgen.